

Bulsmiher Tageblatt

Freitag, 22. März 1929

Beilage zu Nr. 69

81. Jahrgang

Mittelstandsfragen vor dem Landtag.

(113. Sitzung.) OB. Dresden, 21. März.

Den ersten Beratungsgegenstand bildet der Entwurf eines Schuländerungsgesetzes — der Rechtsausschuß beantragt die Ablehnung der Vorlage —, in der die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Volks-, Berufs- und Hochschullehrer auf 28 Stunden festgesetzt wird.

Abg. Hartisch (Soz.) meint, es sei ein gutes Recht der Länder, auf der Pflichtstundenzahl von 28 Stunden zu bestehen. Die schulfreundlichen Gemeinden hätten schon früher die Stundenzahl herabgesetzt. Es handele sich bei uns nicht bloß um die Volksschullehrer, sondern um sämtliche Lehrer. Die erforderlichen zweieinhalb Millionen würden noch aufzubringen sein. Der Redner legt einen Eventualantrag seiner Partei vor.

Präsident Schwarz verliest einen demokratischen Vermittlungsantrag. Abg. Grelmann (Dn.): Die Forderung nach 28 Pflichtstunden sei nicht eine solche der Lehrerschaft, sondern der Lehrgewerkschaft. Die überwältigende Mehrheit der Lehrer sei bereit, dem Staat in seiner wirtschaftlichen Notlage ein Opfer zu bringen. Seine Partei werde aber der Regierungsvorlage zustimmen. Abg. Dehner (Dem.) erklärt, daß die sofortige Durchführung des Schulbedarfgesetzes aus finanziellen und schulischen Gründen nicht möglich sei; deshalb beantragte seine Freunde, es noch bei dem jetzigen Zustand zu belassen, von 1935 ab aber für alle Lehrer die gesetzlich festgelegte Pflichtstundenzahl durchzuführen. Abg. Betsche (Mfsoz.): Die Durchführung einer wöchentlichen Pflichtstundenzahl von 28 würde sechs bis sieben Millionen Mark kosten. Er beantragte für einen Teil der Koalitionsparteien, die Regierungsvorlage anzunehmen und damit den bisherigen Zustand um ein Jahr zu verlängern. — Der Antrag des Rechtsausschusses wird abgelehnt, ebenso die kommunistischen, sozialdemokratischen und demokratischen Anträge. Dagegen findet der Antrag Betsche und damit auch das Gesetz Annahme.

Es folgt die Beratung über den völksparteilichen Antrag auf Änderung der Gemeindeordnung hinsichtlich der Bestimmung wegen Unterstellung der Städte unter die Aufsicht der Kreishauptmannschaften. Der Berichterstatter des Rechtsausschusses beantragt, den Antrag als durch die Erklärung der Regierung erledigt abzulehnen. Abg. Dr. Eberle (Dn.) fordert ein starkes Aufsichtsrecht der Aufsichtsbehörden.

Minister des Innern Dr. Weist stellt fest, daß mit der Unterstellung der ehemaligen revidierten Städte unter die Kreishauptmannschaften keine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes beabsichtigt sei. Diese Gemeinden würden künftig sogar einen stärkeren Einfluß auf die Verwaltung gewinnen. — Der völksparteiliche Antrag wird schließlich abgelehnt.

Auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über die Ausübung des Wahlrechts durch die Bewohner des Gütsbezirks Lager-Zeithain bei den kommenden Gemeinde- und Stadtverordnetenwahlen antwortet ein Regierungsvertreter, die Staatsregierung hat bereits am 23. September 1926 ausführlich die Gründe dargelegt, die für die Zuweisung der Bewohner des Lagers an die Gemeinde Zeithain maßgebend gewesen sind. Die Verhältnisse im Lager haben sich seit dieser Zeit nicht geändert.

Der Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zum Gesetz über die Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen findet Annahme.

Eine Anfrage der Nationalsozialisten über die kapitalistische Vertikulationsentwicklung beantwortet Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda dahin, für Maßnahmen im Sinne der Anfrage fehle zurzeit eine gesetzliche Grundlage. Insbesondere bietet die Reichsverordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung eine solche nicht. Das Wirtschaftsministerium bedauert, daß sich der Konkurrenzkampf zwischen den mittelständlichen Gewerben und den Großbetrieben des Einzelhandels sowie der Waren- und Kaufhäusern, Filialbetrieben, Versandgeschäften und dergleichen als auch den Konsumvereinen in dem letzten Jahre verschärft hat. Der mittelständliche Einzelhandel leidet aber dank der gründlichen Sachkenntnisse

seiner Geschäftsinhaber nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums eine so große Leistungsfähigkeit, daß er auch schon bei freiem Spiel der Kräfte einer Zunahme der großkapitalistischen Betriebsform im Einzelhandel gewisse Grenzen zu setzen und seine wirtschaftliche Existenz zu wahren vermag. Gegen unlauteren Wettbewerb können die betreffenden Gewerbetreibenden selbst und ihre Verbände auf Grund des Reichsgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb den Schutz der Gerichte anrufen.

Weiter beantragen die Nationalsozialisten angeichts der Not des gewerbetreibenden Mittelstandes die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, der eine scharfe Sonderbesteuerung der Warenhäuser in Sachsen vorsehe und die Konsumvereine jeder Art steuerlich wenigstens in gleicher Weise belastet wie den gewerbetreibenden Mittelstand. Mit dem Antrag soll sich der Ausschuß noch beschäftigen.

Abg. Frische (Dn.) schildert in zahlreichen Beispielen die Schäden, die der gewerbliche Mittelstand durch die Konsumvereine und Warenhäuser erleidet. Abg. Krumm (Wirtschaftspartei) unterstützt den Antrag der Nationalsozialisten. Seine Freunde hätten einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der eine Warenhaussteuer, eine Ausverkaufssteuer und eine Filialsteuer vorsehe.

Ministerialrat Dr. Starke erklärt auf eine demokratische Anfrage über die bevorzugte Abnahme von Gefängnisarbeit: Die Regierung ist durch die Gesetze verpflichtet, für die Gefängnisse passende Arbeit zu beschaffen. Die Versuche, passende Arbeit innerhalb des Betriebes der Justizverwaltung ausfindig zu machen, sind vielfach ohne Erfolg geblieben. Deshalb hat das Justizministerium neuerdings bei dem Sächsischen Städtetag und bei dem Verband sächsischer Werkverbände angefragt, ob etwa in den Anstalten und in der Fürsorge der Gemeinden usw. ein Bedürfnis zum Bezuge von Konfektionswaren, Strickwaren usw. besteht. Durch die Schaffung der Werkstätten wird dem freien Gewerbe kaum eine fühlbare Konkurrenz erwachsen und dies um so weniger, als die Preise der zu liefernden Waren den Preisen des freien Handelsverkehrs entsprechen sollen. Möglicherweise wird der ganze Versuch ergebnislos verlaufen.

Den letzten Beratungsgegenstand bildet eine Anfrage der Deutschnationalen über die Teilnahme der Regierung an der Eröffnungsfest der Dresdener Warenhausfestung. Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums teilt mit, daß weder die Ministerien noch die Kreishauptmannschaft Dresden bisher eine Einladung zur Eröffnung des Dresdener Kaufhauses Hermann Rief erhalten haben. Da dem Wirtschaftsministerium die Fürsorge für Gewerbe und Handel des ganzen Landes übertragen ist, wäre es weder in der Lage noch gewillt gewesen, einer rein örtlichen Einladung dieser Art Folge zu geben.

Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 16. April, mittags ein Uhr, statt.

Osterferien des Reichstages.

60. Sitzung, Donnerstag, den 21. März.

Das Plenum des Reichstages trat in die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über das Genfer Protokoll wegen Verbots des Bastriges ein. Einleitend wies der Fraktionsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp, darauf hin, daß Deutschland jede Gastprüfung nach dem Versailleser Verbot verbot sei. Da außerdem die Abrüstungsverhandlungen dauern verschleppt würden, könnten die Deutschnationalen keinen Grund sehen, warum sich Deutschland mit der Ratifikation des Protokolls befassen sollte. Amerika, England und andere Staaten hätten das Protokoll bisher nicht ratifiziert. Er beantrage deshalb, das Protokoll von der Tagesordnung abzusehen. Sollte diesem Antrage nicht stattgegeben werden, so werde seine Partei gegen die Ratifikation stimmen. Der Antrag auf Absehung von

Ihre Gardinen u. Gardinenstangen kaufen Sie doch im Gardinenhaus Wunderlich, Hauptmarkt

der Tagesordnung wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Christlich-Nationalen Bauernpartei abgelehnt.

Den Bericht über die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß erstattete Dr. Haas (Demokrat). Die Mehrheit des Ausschusses sei der Meinung gewesen, daß dem Reichstag die vorbehaltlose Ratifikation des Protokolls vorzuschlagen sei. Die Mehrheit habe auch die Auffassung vertreten, daß es Pflicht der Regierung und des Reichstages sei, ersthaft die Frage zu prüfen, ob nicht für den Fall von Verletzungen der Vereinbarungen

ein Gas- und Luftschutz

vorbereitet werden könne. Demgegenüber sei auch die Meinung vertreten worden, daß es einen solchen Schutz überhaupt nicht gebe.

Abg. Crispian (Soz.) stimmte der Ratifikation zu. Seine Partei werde die internationale Politik der friedlichen Verteidigung und die Politik gegen den Krieg fortführen.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) erklärte, das Protokoll sei, ebenso wie Stresemanns Völkerverbundpolitik, nicht einmal das Papier wert, auf dem es stehe.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dr. Silberding wurde gegen die Antragsteller, die Deutschnationalen und Nationalsozialisten unter Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Dann ging das Plenum zu dem Vorschlag des Haushaltsausschusses über, die sich aus der Reichshaushaltsberechnung für 1927 ergebenden

Haushaltsüberschreitungen und überplanmäßigen Ausgaben

vorbehaltlich der späteren Beschlussfassung über die Bemerkungen des Rechnungshofes zu genehmigen und ebenso die Einnahmen aus der Veräußerung von reichseigenen Sachen und Rechten vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Entlastung zu genehmigen.

Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Wirtschaftspartei und Bayerische Volkspartei brachten erneut den Antrag ein, den das Zentrum im Ausschuß vertreten hatte, und zwar mit einer Einschränkung, nach der die am 31. März ablaufende Regelung der Personalabbauregung nicht bis zum Inkrafttreten des neuen Beamtenrechts, sondern zunächst nur um ein weiteres Jahr verlängert werden solle. Ueber diesen Antrag wurde namentlich abgestimmt. Es stimmten 196 Abgeordnete dafür, 189 dagegen, Präsident Loh stellte fest, daß der Antrag abgelehnt sei, da er die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit nicht erhalten habe.

Anschließend wurde über den Antrag des Ausschusses abgestimmt. Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und einige Abgeordnete der Volkspartei traten dafür ein. Das Ergebnis war zweifelhaft. Es mußte Auszählung erfolgen. Der Ausschußantrag wurde darauf mit 182 gegen 177 Stimmen abgelehnt. Annommen wurde nur die Entschließung des Ausschusses über die reichsgerichtliche Regelung der Dienst- und Rechtsverhältnisse für die verheiratete Beamtin.

Das Haus vertagte sich auf Dienstag, den 16. April, 3 Uhr.

Marktpreise in Ramenz am 21. März 1929

Am gestrigen Wochenmarkte wurden gezahlt pro Zentner, Weizen, eff. Gew. 77 kg 10,60—10,80 M. Roggen, eff. Gew. 73 kg 10,20—10,30 M. Gerste 11,00—11,70 M. Hafer 10,50 bis 10,60 M. Weizenmehl (Kaiseranzug) 23,50—24,50 M., Roggenmehl (60%) 17,00—17,25 M., Weizenkleie 8,50 M., Roggenkleie 8,50—8,75 M., Heu 7,00—7,25 M., Stroh 3,50 M., Futterstroh 3,25—3,50 M., Streustroh 2,75—3,00 M., Kartoffeln 4,50—5,00 M. pro Zentner, Butter 1,90 M. das Pfund. Eier 15 Pf., das Stück.

Ferkel 28—40 M., Käufer 65—75 M. das Stück, Gänse Pfd. — M. Für ausgeführte Ware Preis über Notiz.



Roman von Fritz Tornegg
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Sie suchten, suchten umsonst. Liane kam nach. Man schaute unter das Bett, unter die Ottomane, man öffnete den Schrank, vergewisserte sich, daß die Tür noch immer von innen verperrt war! Daß kein Fenster geöffnet wurde.

„Das gnädige Fräulein muß ein Gespenst gesehen haben“, sagte schließlich der Kammerdiener. „Überzeugen Sie sich selbst! Wenn jemand hier gewesen ist, wie sollte er hinausgekommen sein?“

Mit verstärkten Augen suchte auch Liane. Rasch hatte sie sich in einen Schlafrock gehüllt. Nun schaute sie nochmals in alle Ecken und Winkel, hinter die Fenstervorhänge. Griff in die Schränke. Die Tür war noch immer verperrt! Die andere Tür, die ins Badezimmer führte, hatte inzwischen niemand passiert. Sie griff sich an den Kopf. War sie trant? War es eine Halluzination? Langsam beruhigte sie sich auf die besänftigenden Worte der Männer hin, dankte ihnen, entschuldigte sich, und entließ sie.

Sie lag im Bett. Das Herzklopfen hatte allmählich nachgelassen. Ganz war es noch nicht vorbei. Immer wieder sah sie die Gestalt dieses Menschen, der ihr schon auf dem Ball so unheimlich gewesen, vom ersten Augenblick an.

Und dann dachte sie, was wohl Albert von ihr halten würde, wenn er Zeuge dieser Szene gewesen wäre. Hätte er sie ausgelacht? Er nicht! Er war zu gut, zu lieb zu ihr.

Aber der Diener, der Torwart, die Jose... Was würden die von ihr denken? Wie würden die die Geschichte weiter erzählen?

Sie legte auf dem Nachttischen den Klingelknopf zu recht. Sie griff nach dem Lichtschalter, um abzdrehen. Nochmals ging ihr Auge ängstlich durch den Raum. Sie drehte ab.

Aber sie behielt den Schalter zwischen den Fingern. Sie horchte. Um Gottes willen!! Schritte! Sie drehte das Licht an.

Dort! Sie hatte nicht die Kraft, zu schreien. Sie drückte die Klingel, sie sprang aus dem Bett, wollte wieder ins Badezimmer. Da vertrat er ihr den Weg.

„Bleiben Sie!“ sagte er. „Fürchten Sie sich doch nicht vor mir, Liane. Sie wollten mit mir nicht tanzen. Nun bin ich mitgekommen.“

Er war entsetzlich anzusehen, in seinem Kostüm: auf dem Kopf den Turban, der jetzt beinahe wie ein Helm aus sah.

Sie wollte zum Fenster, es aufreißen, hinauspringen. Er eilte ihr nach. Sie schrie auf. Sie konnte nicht mehr. Es wurde ihr schwarz vor den Augen. Ohnmächtig fiel sie zu Boden.

Draußen Stimmen. Man wollte herein. Verschlossen! Durchs Badezimmer; auch diese Tür war verperrt.

Man rief: „Fräulein, schließen Sie auf!“

Es blieb mausestill. Der Torwart warf sich gegen die Tür und brach sie auf. Sie kamen herein: der Torwart, der Kammerdiener, auch der Chauffeur war da; die Jose, die Frau des Torwarts. Man hob die Bewußtlose in ihr Bett. Sie kam zu sich.

Man suchte abermals; überall. Auch im Badezimmer. Man fand nichts. Man schüttelte die Köpfe. Man raunte sich zu. Man wollte nach einem Arzt telefonieren.

Die schrie die Jose: „Jesus Maria!“, und deutete zur Tür. Die war von selbst aufgegangen. Nun ja, vom Luftzug, das Schloß war ja erbrochen worden. Aber darauf hatte sie, die Jose, schließen wollen, und da hatte sich die Tür von selbst geschlossen!

„Unsinn, das geht doch nicht!“

Aber sie hatte es ganz deutlich gesehen und hatte Schritte gehört!

„Ausgeschlossen. Das scheint ja anzudeuten. Erst das Fräulein, jetzt die Jose... Wir werden zum Arzt telefonieren.“

„Keinen Arzt!“ rief Liane. „Keinen Arzt! Marianne soll bei mir bleiben, hier... und Leopold auch, bis Albert —“

Holen Sie den Herrn Ingenieur Mühlenkamp herüber, Herr Torwart, gehen Sie geschwind. Ich lasse ihn bitten. Er muß sofort kommen, sonst... sonst renne ich hinunter, wie ich bin. Ich werde wahnsinnig, wenn er nicht kommt!“

Der Torwart entfernte sich.

Liane lag erschöpft in den Kissen. Die Jose saß neben dem Bett, selber zitternd und fassungslos. Immer wieder schaute sie zur Tür hinüber, immer wieder fuhr sie zusammen bei dem leisesten Geräusch. Wenn nur diese Nacht schon vorbei wäre. Die Minuten schienen Stunden zu währen.

Jetzt kam Albert. Flüchtig angekleidet, ohne Kragen. Mit Entsetzen hatte er den Bericht des Torwarts vernommen. Was war mit Liane geschehen? Vor einer Stunde kaum hatten sie sich erst getrennt...

Liane streckte ihm beide Hände entgegen, wie eine Ertrinkende. Sie umklammerte seinen Arm. Tränen stürzten aus ihren Augen. Die anderen standen kopfschüttelnd herum. Neugier und Mitgefühl hielten sich bei ihnen die Waage.

